

1 Die direkte Demokratie gehört demnach gestärkt. Fast vier Fünftel – 79 Prozent – der Österreicher meinen, dass das Volk bei wichtigen Entscheidungen abstimmen soll. Natürlich ist umstritten, was als „wichtig“ gilt. Doch behauptet bei den Volksbegehren jemand, dass etwa die lebensbedrohlichen Folgen des Rauchens oder Frauenrechte unwichtig seien?

Das Problem ist, dass fast jede Partei in der Opposition für mehr Direktbeteiligung des Volkes ist – und ihre Begeisterung schwindet, sobald sie Regierungsmacht hat. Da kann man alles selber entscheiden und eine vielleicht anderslautende Meinung der Bürger nicht brauchen. Deshalb haben ÖVP und FPÖ in ihrem Koalitionsabkommen ursprünglich versucht, das Thema Volksabstimmungen & Co. auf die ganz lange Bank zu schieben.

2 Zum Grundsätzlichen: Rund drei Viertel der Österreicher bezeichnen sich als politisch interessiert. Weniger als ein Zehntel sind total desinteressiert. Wäre es umgekehrt, würde die österreichische Politik nicht funktionieren. Demokratien brauchen mehr als die kleine Gruppe einer aktiven Öffentlichkeit, die selbst Politiker sein oder Parteien, Vereine und Bürgerinitiativen gründen wollen.

Hoffen wir, dass weiterhin eine so klare Mehrheit mindestens passiv als Wähler dabei ist. Falsch ist aber die Behauptung, politische Beteiligung sei gleich Wahlen. Es ist viel zu wenig Demokratie, alle paar Jahre einen Wahlzettel in Urnen genannte Schachteln zu werfen oder ein Briefkuvert zu versenden. Es beteiligt sich genauso, wer Nachrichten in den Medien verfolgt und Gespräche über politische Themen im Bekanntenkreis oder Internet führt.

3 Heikel ist, wie viel ein Österreicher wissen müsste, um sinnvoll mitzu-

Morgen erfahren wir die Unterschriftenzahl der laufenden Volksbegehren. Doch es geht um mehr: Wie denken die Österreicher über unsere Demokratie? Die Universitäten Krems und Graz haben dazu die Studie „Demokratieradar“ vorgestellt, um die Einstellungen der Bevölkerung über Politik zu erforschen.



Wie wir demokratisch denken

reden. Es kann nicht jeder die Verfassung, den Gesetzgebungsprozess im Parlament und Abläufe von Regierungsbeschlüssen im Detail auswendig kennen. Wie jedoch wollen die Wähler das aktuelle Anti-Rauch-Volksbegehren politisch einordnen, wenn mehr als die Hälfte (!) die Parteizugehörigkeit der Gesundheitsministerin – sie ist von der FPÖ – nicht wissen?

Ebenfalls gibt es viele Irrtümer, wann Österreich der EU beiträgt und wie lange die Dauer der Amtszeit des Bundespräsidenten ist. Gemäß einer Studie der Europäischen Kommission stimmt eine Mehrheit der Falschaussage zu, dass Landeshauptleute direkt gewählt würden. Mit einem so geringen Wissen über Ereignisse, Akteure und Zuständigkeiten werden Sachdebatten über das politische System schwierig bis unmöglich.

4 Das ist tragisch, weil gleichzeitig fast jeder Zweite der Ansicht ist, das politische System unseres Landes gehöre komplett umgebaut. Klar, solange die

Alternativen demokratisch sind, ist das eine zulässige Meinung. Aber von Leuten, die den Umbau befürworten ohne die bestehenden Baugesetze der gegenwärtigen Demokratie zu kennen?

Offenbar gibt es jede Menge Menschen, die nicht sehr sachlich kritisieren, sondern bei denen der Frust tief sitzt. Rund 60 Prozent meinen, Politiker kümmern sich nicht darum, was „Menschen wie ich“ denken. Die gleiche Zahl beklagt, sie habe keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut. Immerhin 20 Prozent sagen, unsere Demokratie funktioniere schlecht.

5 In Prozenten klingt das relativ harmlos, doch in

absoluten Zahlen handelt es sich bei den Demokratieskeptikern um weit über eine Million Österreicher. Das sind nicht lauter Mächtegern-Diktatoren, aber anfällig für undemokratische Rattenfänger. Ganz egal, ob von rechts oder links.

Die Chance für Demokratiezerstörer liegt darin, dass Millionen kein Vertrauen haben, die Politik würde für kommende Herausforderungen gute Lösungen finden. Mit der Parteivorliebe hat das weniger zu tun, es ist eine allgemeine Angst. Hunderttausende bezweifeln sogar, dass unsere Demokratie gefestigt genug ist, um Krisen zu überstehen. Ähnlich viele wollen Nicht-Demokratie.





⌚ Am Montag endet die Frist für die Volksbegehren zu den Themen Gastronomie-Rauchverbot, ORF-Gebühren und Frauenrechte (v. li. n. re.).



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

⌚ Das Parlament mit der Skulptur der Pallas Athene steht in Österreich symbolisch für die Demokratie. Die hat in unserem Land einen hohen Stellenwert: 79 Prozent der Österreicher meinen, dass das Volk bei wichtigen Entscheidungen abstimmen soll.

6 Die letztgenannten Spinner überzeugt höchstens das Argument, dass es in einer Demokratie erlaubt ist, deren Qualität anzuzweifeln. In Diktaturen werden Kritiker mit unerwünschter Meinung eingesperrt, gefoltert und umgebracht. Was wir daraus lernen? Niemand soll – so sagte Bundespräsident Van der Bellen kürzlich – vorzeitig und immer das Ende der Demokratie befürchten. Nicht jeder Verrückte ist solche Warnungen wert.

Vor allem hört bei ewigen Ankündigungen des politischen Weltuntergangs keiner zu, wenn die Demokratie dann wirklich in Gefahr ist. Die Demokratiequalität freilich wackelt in Österreich gewaltig, und es gibt lediglich drei Lösungsansätze: Politische Bildung, Politische Bildung und Politische Bildung.

Fotos: EXPA/ Michael Gruber, Dostal Harald, <https://www.cpo.e.or.at, zVg>

